

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Kurt Gscheidle MdB, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, sieht in Rundfunksatelliten neue Möglichkeiten geschäftlicher und privater Telekommunikation. Seite 1/2

Dr. Dietrich Sperling MdB weist auf das mangelnde öffentliche Bewußtsein für Gefahren im Alltag hin. Seite 3

Klaus Immer MdB, Mitglied der Synode der EKD, ruft auf zu mehr Toleranz auch in der Diskussion um die militärische Sicherheit. Seite 4

Karl-Heinz Klejdzinski MdB, Mitglied der Arbeitsgruppe Sicherheits der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert Übungsflüge der Luftwaffe mit scharfer Munition. Seite 5

Dokumentation der Antrittsrede des Ersten Bürgermeisters von Hamburg, Klaus von Dohnanyi vor der Bürgerschaft. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 118

26. Juni 1981

Neue Möglichkeiten der Satellitentechnik

Internationale Absprachen sind Vorbedingung für brauchbare Lösungen

Von Kurt Gscheidle
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Neben reinen Fernmeldesatelliten machen zunehmend auch andere Satelliten, nämlich die Rundfunksatelliten von sich reden. Für den technischen Laien unterscheiden sich Fernmelde- und Rundfunksatelliten in erster Linie dadurch, daß über den einen Fernmeldeverkehr - also zum Beispiel Telefongespräche - und über den anderen Ton-, Rundfunk- und Fernsehprogramme übertragen werden. Der Fernmeldesatellit strahlt nun - und darin liegt ein wesentlicher technischer Unterschied - ein so geringes Signal aus, daß dessen Empfang nicht für jedermann und überall möglich ist. Dafür muß vielmehr bei den Empfangs-Erdfunkstellen ein hoher Antennenaufwand betrieben werden, ehe die Signale über Kabel in das öffentliche Fernmeldenetz eingespeist werden können.

Die Sendeleistung eines Rundfunksatelliten ist dagegen so groß, daß die ausgesendeten Signale im vorgesehenen Empfangsgebiet mit Antennen viel geringeren Aufwands, zum Beispiel mit Parabolantennen von nur 90 cm Durchmesser



empfangen werden können. Antennen dafür können mithin von jedermann und jedem Ort des Empfangsgebietes betrieben werden. Bei einem Rundfunk-Satelliten handelt es sich somit um eine echte Rundfunkversorgung, vergleichbar der des Tonrundfunks- und Fernsehsendernetzes auf der Erde.

Aus dieser technischen Definition von Satelliten kleiner und großer Leistungen wird folgendes deutlich: Ein Satellit, dessen Signal an jedem Ort innerhalb eines Empfangsgebietes mit relativem Antennenaufwand empfangen werden kann und kein Kabelnetz voraussetzt, eignet sich nicht nur für die Verbreitung von Unterhaltungsrundfunk. Er erlaubt auch die Verteilung großer Datenmengen an eine praktisch unbegrenzte Zahl von Empfängern und eignet sich deshalb gleich gut für den speziellen Einweg-Datenverkehr. Diese Nutzungsart bietet sich unter anderem auch für die Rundfunkprogramm-Freizeiten an.

Es gibt heute bereits auch bei uns in beschränktem Umfang derartige, bodengebundene Funkverteilnetze insbesondere bei Nachrichtenagenturen. Deren Leistungsfähigkeit ist jedoch wegen der terrestrischen Funkprobleme sehr gering. Würden dagegen mit hoher Sendeleistung arbeitende Satelliten zur ständigen Aussendung von Daten verwendet, wie dies in den USA heute bereits geschieht, so könnte für eine unbegrenzte Zahl von Benutzern dringliche Informationsmengen ständig angeboten werden. Der Zugang zu jeweils nur einem Teil dieses Informationsangebots ist durch entsprechende Endgeräte zu regeln.

Dies eröffnet natürlich ganz neue Möglichkeiten der geschäftlichen und privaten Telekommunikation. Alle Fernmeldeverwaltungen werden sich in den nächsten Jahren mit diesen neuen Möglichkeiten der Satellitentechnik auseinandersetzen müssen. Eine wichtige Vorbedingung für erfolgversprechende Lösungen sind allerdings internationale Absprachen. Der Entwicklung eines deutsch-französischen Rundfunk-Satelliten ist unter diesem Aspekt grundsätzliche Bedeutung beizumessen. (-/26.6.1981/hj/hgs)

+

+

+



Mehr Aufmerksamkeit für Gefahren im Alltag**Nur ein verändertes öffentliches Bewußtsein wird die Todesstatistik senken**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Ein Todesfall ist für die Zurückgebliebenen immer eine Sache der Trauer, die in die Privatsphäre gehört. Ist die Todesursache eine, die als "unnatürlich" bezeichnet wird, gibt es ein gewisses Maß an öffentlichen Interesse und an öffentlicher Aufmerksamkeit.

Diese öffentliche Aufmerksamkeit ist nach aller Erfahrung jedoch meist einseitig auf die Kriminalität gerichtet, von der unbesehen angenommen wird, daß sie in allen Bereichen zunimmt. Dazu gibt es im täglichen Sprachgebrauch schließlich auch feststehende Wendungen: "Früher wäre das nicht möglich gewesen." "Man kann ja heute nicht mehr sicher über die Straße gehen."

Tödliche Unfälle, sei es im Verkehr, bei der Arbeit oder im Haushalt, haben im öffentlichen Bewußtsein dagegen einen Stellenwert, der ihr Eintreten schon fast als "natürliches Ereignis erscheinen läßt. Die wirkliche Zusammensetzung der statistischen Größe "unnatürliche Todesursachen" bleibt außerhalb der Betrachtung und der Aufmerksamkeit.

Sensationsjournalismus und ein Übermaß an Gewaltdarstellung im Fernsehen tragen dazu bei, das Bild von der überstarken und wachsenden Gewaltkriminalität zu verstärken. Es geht nicht darum zu verharmlosen, aber wir sollten uns die tatsächlichen Relationen vor Augen halten: In der Bundesrepublik sind - mit einer geringfügig steigenden Tendenz - im letzten Jahrzehnt pro Jahr 700 bis 800 Menschen durch gewollte Gewaltanwendung anderer ums Leben gekommen.

Die Zahl der erkannten, jährlichen Selbsttötungen liegt - bei einer ebenfalls leicht zunehmenden Tendenz - um ein vielfaches höher, bei circa 14.000. Die Zahl der jährlichen Verkehrstoten, die rückläufig war, hat in jüngster Zeit wieder einen Anstieg erfahren und ist höher als die Zahl der Selbstmorde. Im Jahre 1978 sind allein über 4.200 junge Menschen (zwischen 15 und 25 Jahren) im Straßenverkehr ums Leben gekommen.

Noch über dieser Zahl liegt die Zahl derer, die bei "sonstigen Unfällen" ums Leben kommen. Jährlich verunglücken noch immer 4.000 Arbeitnehmer bei der Ausübung ihres Berufes tödlich. Diese Zahl hat sich durch ein erfolgreiches Bemühen um mehr Arbeitssicherheit - im Gegensatz zu den Zahlen in den anderen angesprochenen Bereichen - erheblich reduziert: Vor 20 Jahren waren es noch circa 7.000 Arbeitnehmer, die jedes Jahr bei der Arbeit ums Leben kamen. Aber auch die Zahl von 4.000 bleibt erschreckend und darf nicht als "natürlich" hingenommen werden.

Keine präzise Statistik gibt es über die tödlichen Unfälle im "häuslichen" Bereich. "Hochgerechnet" waren es 1978 fast 9.000 tödliche Unfälle im Haushalt, bei Hobbytätigkeit oder Sport.

Diese Zahlen stimmen bedenklich. Eine Betrachtung nur unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten läßt sich anstellen, sie ruft aber auch Beklemmung hervor: Menschenleben können nicht quantifiziert werden.

Alle die, die Einfluß auf das Zustandekommen der öffentlichen Meinung haben, sollten sich die genannten Relationen vor Augen halten - stärker als bisher.

Die Darstellung des erkennbar "Bösen", das hinter Gewaltkriminalität steckt, sollte nicht Vorrang haben vor der Darstellung der Umstände und Nachlässigkeiten, die weitaus mehr Menschen im Verkehr, bei der Arbeit oder der Hausarbeit das Leben kosten.

Denn: Nur ein verändertes öffentliches Bewußtsein kann uns helfen, hier Erfolge zu erzielen - durch höhere Aufmerksamkeit und durch mehr Bereitschaft, vielleicht lebensrettende Schutzmaßnahmen zu akzeptieren.

(-/26.6.1981/vo-he/hgs)

+

+

+



In Hamburg krächte kein Hahn

Die innerkirchliche Friedens-Diskussion muß weitergehen

Von Klaus Immer MdB

Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Als Petrus nach der Verhaftung Jesu im Hofe des Hohenpriesters abtritt, an ihn zu glauben und nach seinem Willen zu leben, obwohl er wenige Stunden zuvor noch lautstark bekundet hatte, daß er notfalls ganz allein bei der Stange bleiben würde, da krächte der Hahn als Zeichen der Selbstüberschätzung und der Kapitulation vor kirchlicher und staatlicher Pression.

In Hamburg auf dem Evangelischen Kirchentag, krächte kein Hahn. Denn in der vom demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik garantierten Freiheit brauchte keiner der lautstarken Bekenner eines christlichen Pazifismus und keiner derer, die sich als Christen stark genug erklärten, auch in einem (vielleicht kommunistischen) totalitären Regime sich nicht korrumpieren zu lassen, den Beweis für die Bruchfestigkeit ihrer Überzeugung und die Kraft ihrer Leidenschaft anzutreten. Man darf hier sicherlich nicht vorschnell von "Hochmut vor dem Fall" sprechen, sicher jedoch Selbstüberschätzung vermuten.

Im übrigen hat Helmut Schmidt wohl Recht, wenn er auf dem Kirchentag vor der Parallelität der "Gott-mit-uns"-Parole warnte. - Gott läßt sich weder - nach dem Zeugnis des Alten und des Neuen Testaments für den Militarismus noch für den Pazifismus, weder für noch gegen den Nato-Doppelbeschluß vereinnahmen. - Die innerkirchliche, die theologische Diskussion muß daher weitergehen. Dabei sollte man eine Erfahrung des Kirchentages innerhalb und außerhalb der Kirche beachten: Toleranz, also die christliche Tugend, andere in Ihrer Meinung und Ihrem Verhalten zu tragen beziehungsweise zu ertragen, gab es mehr auf der Seite der engagierten Politiker; sie waren sogar bereit, ihre Meinung nicht für absolut richtig zu erklären. Diejenigen, die ständig mit der Bergpredigt unterm Arm gegen die militärische Sicherheit argumentieren, sollten sich nicht nur die passenden Stellen herauspicken, sie würden entdecken, daß die Intoleranz, das Absprechen von Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit schärfer verurteilt wird als Mord. (-/2 .6.1981/va-he/ca)

+

+

+



Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung beachten

Luftwaffe benötigt bei Übungsflügen keine scharfen Raketen

Von Dr. Karl-Heinz Klejdzinski MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Ein Flugzeug hat eine Rakete verloren. Eigentlich nichts Aufregendes. Warum soll ein Flugzeug, das an den flügelnden Raketen hat, nicht auch mal eine verlieren?

Für den Fachmann war es ein Zwischenfall, der in Prozenten ausgedrückt, nur 0,06 Prozent ausmachte. Für Unbeteiligte ergeben sich ein paar Fragen, die sicher des Nachdenkens bedürfen. Schließlich ist eine scharfe Sidewinder-Rakete in der Lage, wenn sie scharf gemacht ist, ein Ziel, das sie trifft, so zu verletzen, daß beispielsweise von einem Flugzeug nur noch Bruchstücke übrigblieben.

Die Sidewinder-Rakete hat nämlich die Eigenschaft, mit ihrem Suchkopf ein Ziel zu finden, das Wärme abstrahlt, wie etwa die Triebwerke anderer Flugzeuge. Darauf beruht auch ihre hohe Trefferwahrscheinlichkeit im Luftkampf. Die im Raum Regensburg verlorene Rakete, die nach Aussagen der Bundeswehr sich irrtümlich von einem Flugzeug gelöst hatte, soll nicht "scharf" gewesen sein und sich nach der vorprogrammierten Flugzeit selbst zerstört haben.

Übrig bleibt natürlich die Frage: Was wäre gewesen wenn?

Das Flugzeug, das die Rakete verloren hat, ist im Rahmen einer Alarmübung von einem Fliegerhorst gestartet. Übungen der Bundeswehr für den Verteidigungsfall, nämlich für die Luftverteidigung, sind unerlässlich und wichtig. Dieses ist unumstritten und soll auch nicht weiter an dieser Stelle diskutiert werden. Die Frage bleibt, ob ein Übungserfolg nur dann möglich ist, wenn Flugzeuge mit scharfen Waffen in die Luft geschickt werden. Ich meine, nein!

Das Argument, dieses sei notwendig und sei durch den Verteidigungsauftrag im Rahmen der Luftverteidigung bedingt, kann nicht ziehen. Dieses Argument könnte nur dann logisch sein, wenn tatsächlich auch die Rakete abgefeuert würde. Deshalb bleibt die Frage, ob es notwendig ist, Flugzeuge der Bundeswehr mit scharfen Waffen bei Übungen über die dicht bevölkerte Bundesrepublik Deutschland fliegen zu lassen. Für solch ein Handeln gibt es keine plausible Erklärung. Oder wissen die Militärs eine? Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ist sicherlich genauso hoch, wenn nicht noch höher einzuschätzen, wie der Wille, Militärflugzeuge mit scharfen Waffen zu fliegen. Aus dem Verteidigungsauftrag läßt es sich nicht ableiten.

Grundsätzlich sollten deshalb Übungen mit Flugzeugen, die in einer Konfiguration mit scharfen Waffen fliegen, verboten werden.

Die Luftwaffe kann das Training ihrer Flugzeugführer, ohne mit scharfen Waffen zu fliegen, durchführen. Die geforderten Reaktionszeiten, sprich Alarmübungsstarte, Heranführung an ein mögliches Luftziel, erfordern ebenfalls keine scharfe Bewaffnung.

Notwendig erscheint nur, neben den für tatsächliche Alarmstarte vorgesehenen Flugzeuge eine bestimmte Anzahl von Flugzeugen bereitzuhalten, die für "Alarmstarts für Übungszwecke" vorgesehen sind.

Die Luftwaffe sollte einmal darüber nachdenken, wenn auch die Wahrscheinlichkeit für einen derartigen Zwischenfall gering ist, wie durch geeignete Maßnahmen von vornherein eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung vermieden werden kann. (-/26.6.1981/vo-he/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Antrittsrede des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg,
Dr. Klaus von Dohnanyi, vor der Hamburgischen Bürgerschaft:

Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg haben mir durch die Wahl zum Senator und Ersten Bürgermeister dieser Stadt eine große Ehre erwiesen - und eine schwere Verantwortung übertragen.

Wie ich in dieser Stunde geschworen habe, werde ich mich nach allen Kräften bemühen, dieser Verantwortung gegenüber allen Bürgern der Stadt und gegenüber allen Mitgliedern der Bürgerschaft gerecht zu werden.

Erlauben Sie, Herr Präsident, daß ich einige persönliche Bemerkungen hinzufüge. Ich denke in diesem Augenblick an meine Mutter und meinen Vater, die hier in Hamburg während der wenigen hellen und hoffnungsvollen Jahre der ersten deutschen Republik wohl die glücklichsten Jahre ihres Lebens verbrachten. Bis zunächst die Intoleranz der Menschen, dann die Arroganz der Macht und schließlich die verbrecherische Gewalt des Nationalsozialismus Hoffnung und Leben zerstörten.

Unsere Verantwortung, aber auch unsere Kraft gründen noch heute auf dieser bitteren Erfahrung unseres Lebens und unserer Geschichte.

Verantwortung für unser Gemeinwesen kann niemand unter uns allein tragen. Und niemand, der ein öffentliches Amt bekleidet, kann dieses erfüllen ohne die Bürger, die ihn in dieses Amt gerufen haben. Zu diesen Bürgern gehören auch alle Mitarbeiter dieser Stadt, denen ich verspreche, ein gerechter Präsident des Senats zu sein ungeachtet ihrer politischen Überzeugungen.

Zu Beginn meiner Arbeit habe ich drei Bitten an die Hamburger Bürger: Meine erste Bitte an die Hamburger Bürger lautet: Nehmen Sie mich als Ihresgleichen auf. Helfen Sie mir, ein Bürger dieser Stadt zu werden. Ich weiß, hier genügt es nicht, geboren zu sein. Man muß auch im Wind des offenen Meeres, die melancholische Heide im Rücken, aufwachsen, um Hamburger zu sein. Helfen Sie mir, es zu werden.

Meine zweite Bitte an die Hamburger Bürger lautet: Geben Sie mir und dem Senat Ihren Rat. Wir in der Politik können nur wissen, was uns die Bürger wissen lassen. Denn Sachverstand wird in einer arbeitsteiligen Welt immer in erster Linie beim einzelnen Bürger zu finden sein. Diesen Sachverstand bitte ich, uns zu geben. Ich selbst werde ein offenes Ohr für Sorgen und Wünsche der Bürger haben. An einem Tag im Monat werden zukünftig die Amtsräume des Ersten Bürgermeisters sperrangelweit offen sein für eine Sprechstunde der Bürger und eine Hörstunde des Bürgermeisters.

Meine dritte Bitte an die Hamburger Bürger lautet: Urteilen Sie gerecht über unsere Arbeit. Niemand ist ohne Fehler, und wer ein öffentliches Amt bekleidet und noch nie zugegeben hat, in diesem Amt auch Fehler gemacht zu haben, der ist Ihrer Stimme nicht würdig: Denn er wäre dann entweder zu dumm für Sie oder zu unehrlich. Aber urteilen Sie bitte, gerade weil wir alle fehlerhafte Menschen sind, nicht unmenschlich. Und glauben Sie dem, der Fehler macht, - und auch ich werde sie nicht immer vermeiden können - doch die ehrliche Absicht und den guten Willen. Diese Bitte richte ich auch an die Hamburger Presse.

Unsere Arbeit für die Stadt geht weiter. Der Weg ist vorgezeichnet. Das Kollegium des Senats streckt, wie bisher, seine Hand der ganzen Bürgerschaft entgegen. Wir ergreifen die Ihre und wissen, zwei starke Hände, Bürgerschaft und Senat, werden gemeinsam das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg fördern soviel sie vermögen. So, wie unser Lied es gebietet.

(-/26.6.1981/vd-he/hgs)

+

+

+

